

Heiner Geißler zur Steuerreform:

Alle zahlen weniger Steuern

Die CDU hat als Volkspartei mit den anderen Koalitionspartnern um die Steuerreform hart und lange gerungen. Mit der jetzt gefundenen Lösung hat die CDU ihr Wahlversprechen einer leistungsgerechten und sozial ausgewogenen großen Steuerreform verwirklicht.

Das sind die Ergebnisse:

- Alle zahlen weniger Steuern.
- Über 500 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen überhaupt keine Steuern mehr.
- Auch die Unternehmen werden entlastet. Das stärkt ihre Investitionskraft und schafft neue Arbeitsplätze.

1. Jeder Steuerzahler zahlt im Durchschnitt rund 1 000 DM weniger Steuern pro Jahr.
2. Die übermäßig hohe Belastung von über 60 Prozent der Erwerbstätigen (z. B. der Facharbeiter, Handwerker, Angestellten) durch die Steuerprogression wird durch die Einführung des linear-progressiven Tarifs drastisch um 30,7 Milliarden DM verringert.
3. Die Unternehmen werden durch eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes für nicht entnommene Gewinne (Kapitalgesellschaften) von 56 Prozent auf 50 Prozent und durch die Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer (Personengesellschaften und Einzelunternehmen) von 56 Prozent auf 53 Prozent entlastet.

HEUTE AKTUELL

● Agrarpolitik

Ignaz Kiechle: Vorschläge der EG-Kommission gleichen einer Kriegserklärung.
Seite 5

● Sozialpolitik

30 Jahre Rentenreform. Die Regierung Adenauer setzte einen Meilenstein moderner Sozialpolitik.
Seite 7

● Bundestag

Philipp Jenninger: Das Ansehen des Deutschen Bundestages muß in der Öffentlichkeit verbessert werden.
Seite 9

● Parteien

Rudolf Seiters: Warum wir gegen einen „grünen“ Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages sind.
Seite 11

● Dokumentation

Die Bildungspolitik der SPD. Grüner Teil

4. Die umstrittene Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 Prozent auf 53 Prozent (Entlastungsvolumen 1 Milliarde DM) wurde von der CDU akzeptiert, weil gleichzeitig der Eingangsteuersatz von 22 Prozent auf 19 Prozent (Entlastungsvolumen 7 Milliarden DM) abgesenkt wird. Zum Vergleich: Die SPD hat in ihrem Steuerprogramm keine Absenkung des Eingangsteuersatzes vorgesehen.

Gleichzeitig wird der Grundfreibetrag für Ledige von 4536 auf 5616 DM und für Verheiratete von 9072 DM auf 11232 DM erhöht (Entlastungsvolumen 7 Milliarden DM).

Zum Vergleich: Die SPD forderte in ihrem Steuerprogramm nur eine Erhöhung des Grundfreibetrages für Ledige auf 5022 und für Verheiratete auf 10044 DM.

Die Familien werden durch erhöhte Freibeträge für Kinder, für die Ausbildung und durch eine steuerliche Anerkennung von Pflegeleistungen in einer Größenordnung von 3,2 Milliarden DM entlastet.

Es besteht Einvernehmen, daß in dieser Legislaturperiode die Familien deutlich durch eine zusätzliche Erhöhung des Kindergeldes und die Verlängerung des Er-

ziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs gefördert werden.

Diese Entscheidungen entlasten vor allem die unteren Einkommensbezieher in Höhe von 17,2 Milliarden DM, während die oberen Einkommen durch die Senkung des Spitzensteuersatzes nur um eine Milliarde DM entlastet werden. Durch die Einführung des linear-progressiven Tarifs (siehe 2.) werden insbesondere die mittleren Einkommensbezieher — und das ist die Mehrheit der Steuerzahler — entlastet.

5. Außerdem wird der Mittelstand (vor allem Handel, Handwerk, freie Berufe) zusätzlich entlastet durch eine Verbesserung der Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe (nach § 7 G Einkommensteuergesetz) und durch eine Verbesserung des Vorwegabzugs bei Vorsorgeaufwendungen.

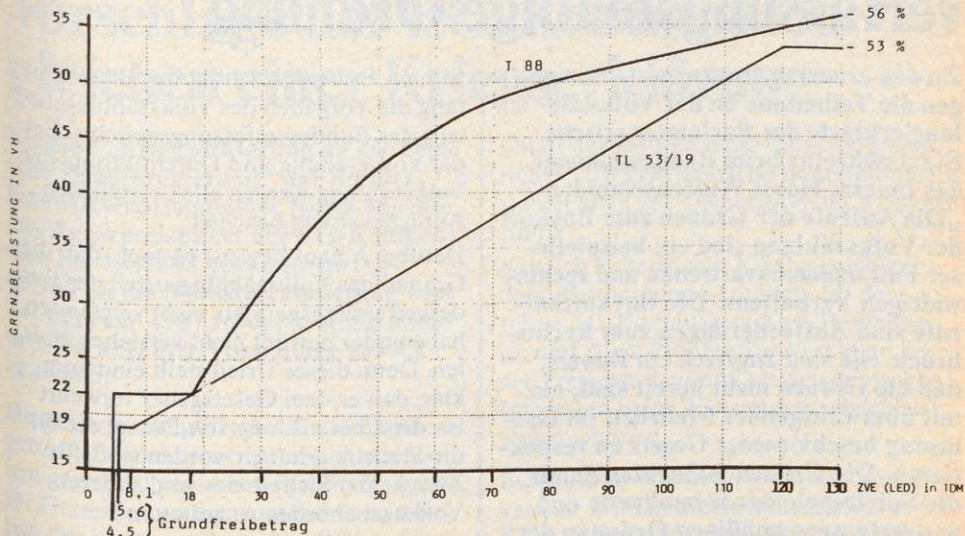
6. Insgesamt werden die Steuern um 44,2 Milliarden DM gesenkt. Wenn man die Steuersenkungen der Jahre 1986 und 1988 hinzunimmt, hat die Christlich Demokratische Union inzwischen eine Gesamtsteuerentlastung von weit über 60 Milliarden DM für alle Steuerzahler beschlossen und durchgesetzt.

Koalitionsvereinbarung zur Steuerreform

1. Einführung des linear-progressiven Tarifs (23,7 Mrd.), gleichzeitig Senkung des Spitzensteuersatzes auf 53 v. H.;
Vorziehen der oberen Proportionalzone auf 120/240 TDM (bisher 130/260 TDM);
Senkung des Eingangsteuersatzes auf 19 v. H.,
Verkürzung der unteren Proportionalzone von bisher 18/36 TDM auf 8,1/16,2 TDM
Gesamtentlastung: 23,7 Mrd. plus ca. 7 Mrd. = 30,7 Mrd.
 2. Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 50 v. H. = 2,3 Mrd.
 3. Erhöhung des Grundfreibetrages von 4536 DM bzw. 9072 DM auf 5616 DM bzw. 11232 DM = 7 Mrd.
 4. Anhebung des Kinderfreibetrages um 540 DM auf 3024 DM = 2,6 Mrd.
 5. Familienbezogene Freibeträge 0,6 Mrd.
 6. Mittelstandskomponente: Verbesserung des § 7 g Einkommensteuergesetz + Vorsorgeaufwendungen = ca. 1 Mrd.
- Gesamtentlastung: 44,2 Mrd. (Nettoentlastung 25 Mrd.)
Inkrafttreten: 1. Januar 1990
Einzelne Komponenten sollen zum 1. Januar 1988 vorgezogen werden.

BMF
I A 5

25. Februar 1987

 VERGLEICH VON EINKOMMENSTEUERTARIFEN
T 88 und TL 53/19
GRENZBELASTUNG


Das Panikorchester der SPD

Es ist erschreckend, mit welchem verzerrendem Eifer die Opposition versucht, den ins fünfte Jahr gegangenen Wirtschaftsaufschwung nach unten zu reden. Während alle maßgebenden Expertenstimmen des In- und Auslandes der Bundesrepublik Deutschland ein fortschreitendes Wachstum bei stabilem Geldwert bescheinigen — wobei allein die nachlassende Auslandsnachfrage die Erreichung des Wachstumsziels von real 2,5 Prozent erschwert —, gefällt sich die SPD in der Inflationierung pessimistischer Prognosen. Eindeutig falsch ist die Behauptung der Opposition, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kein Thema bei den Beratungen über die Schwerpunkte der Regierungspolitik sei. Dazu Friedhelm Ost, Sprecher der Bundesregierung: Das Gegenteil ist richtig. Im Mittelpunkt der Gespräche steht das Instrumentarium einer offensiven Strategie für mehr Wachstum

und Beschäftigung. Die Steuerstrukturreform mit ihrer hohen Entlastungswirkung für Arbeitnehmer, freie Berufe und Unternehmer spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Kanzler-Brief zur Volkszählung

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einer Aktion zur Unterstützung der Volkszählung am 23. Februar 1987 die Repräsentanten der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen angeschrieben und sie gebeten, für die Volkszählung am 25. Mai dieses Jahres zu werben und dafür einzutreten. Der Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß für eine sachgerechte und vorausschauende Politik die notwendigen Grunddaten über Bevölkerung, Wohnungen, Gebäude und Arbeitsstätten unentbehrlich sind und im Interesse eines jeden einzelnen Bürgers liegen.

Die Grünen mißachten unsere verfassungsmäßige Ordnung

Zu den erneuten Boykottaufrufen gegen die Teilnahme an der Volkszählung erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt: „Die Aufrufe der Grünen zum Boykott der Volkszählung sind ein beispielloser Fall undemokratischen und rechtswidrigen Verhaltens. Die Boykottaufrufe sind Aufforderungen zum Rechtsbruch. Sie sind zugleich ein Beweis, daß die Grünen nicht bereit sind, ein mit überwältigender Mehrheit im Bundestag beschlossenes Gesetz zu respektieren. Die Grünen mißachten damit die Spielregeln der Demokratie und der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland.“

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß auch innerhalb der Grünen die Boykottdiskussionen entstanden und die Partei gespalten ist. Es bleibt abzuwarten, ob bei diesen Diskussionen innerhalb der Grünen die Demokratie oder die Anarchie siegt.

Die von den Grünen behaupteten Gefährdungen des Bürgers durch die Volkszählung sind unwahr und verleumdend. Wenn sich die Grünen sogar zu der Behauptung versteigen, die nach dem Volkszählungsgesetz ausgeschlossene Übermittlung von Daten an Sicherheitsbehörden könne jederzeit vom Bundestag geändert werden, so ist dies ein eklatanter Fall politischer Brunnenvergiftung.

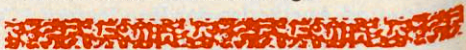
Das Volkszählungsgesetz 1987 ist nach sorgfältigen, sehr gründlichen parlamentarischen Beratungen zustande gekommen. Die Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD haben ihm einmütig zuge-

stimmt. Es berücksichtigt in vollem Umfang die Vorgaben des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts. Bei der Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung werden alle gesetzlichen Auflagen streng beachtet.

Darüber hinaus beweist es auch, daß die Grünen das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts nicht verstanden haben oder bewußt nicht verstehen wollen. Denn dieses Urteil stellt eindeutig klar, daß es dem Gesetzgeber verwehrt ist, die Übermittlung von Daten, die für die Statistik erhoben worden sind, für Zwecke der Sicherheits- und anderer Vollzugsbehörden zu gestatten.

Ich rufe daher die Bürger auf, in ihrem eigenen Interesse die Volkszählung zu unterstützen und sich nicht durch Appelle, die der Rechtsordnung ins Gesicht schlagen, verunsichern zu lassen.

Für alle demokratischen Kräfte, die politisches Planen und Handeln nicht dem Zufall überlassen wollen, gibt es keine Alternative zur Volkszählung.“



80 Prozent nutzen flexible Altersgrenze

Rund 80 Prozent der Berechtigten machen zur Zeit von der flexiblen Altersgrenze Gebrauch. Wie der Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Helmut Kaltenbach, auf einem Kolloquium in Berlin erklärte, deutet alles darauf hin, daß sich bei einem wachsenden Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung die finanziellen Belastungen der Rentenversicherung dadurch „mindestens verdoppeln werden“.

Ignaz Kiechle:

Vorschläge der EG-Kommission gleichen einer Kriegserklärung

Als eine „Kriegserklärung an die deutsche Bundesregierung“ hat Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle das Agrarpreispaket der EG-Kommission für 1987/88 genannt. Im Anschluß an die Ministerratssitzung vom 24. Februar 1987 forderte er die Kommission auf, ihre Vorschläge zurückzuziehen.

Die scharfen Angriffe des Bundeslandwirtschaftsministers richten sich vor allem gegen die geplanten Preissenkungen für Getreide und den vorgesehenen Abbau des positiven deutschen Währungsausgleichs, der deutliche Einkommensverluste für die deutschen Landwirte zur Folge hätte. Der Minister sieht darin eine einseitige Diskriminierung der Bundesrepublik und erklärte wörtlich: „Wir sind zum Krach entschlossen, wenn diese Vorschläge nicht vom Tisch genommen werden. Das Maß ist voll.“

Durch die Benachteiligung der deutschen Landwirte gegenüber ihren französischen und italienischen Berufskollegen infolge der Währungsänderungen in den vergangenen Jahren hätten die Bauern in der Bundesrepublik das letzte Zutrauen in die EG-Agrarpolitik verloren. Unter Zuhilfenahme aller politischen, rechtlichen und finanzpolitischen Mittel werde er der Benachteiligung der deutschen Landwirtschaft ein Ende bereiten.

An die EG-Kommission richtete er den Vorwurf, nicht mehr Hüterin der Römischen Verträge zu sein, da sie ständigen Preisdruck auf die deutsche Landwirt-

schaft ausübe und diese damit zugrunde richte: „700 000 deutsche Bauernfamilien stehen nicht zur Disposition der Kommission.“

Kritisch äußerte sich Kiechle auch zu dem Abstimmungsverhalten der deutschen EG-Kommissare Karl-Heinz Narjes und Alois Pfeiffer. Ihr Verhalten bei der Preisentscheidung sei den deutschen Interessen beim Währungsausgleich zuwider gelaufen.

Bereits eine Woche zuvor hatte Bundeskanzler Kohl in einem Schreiben an Kommissionspräsident Jacques Delors mitgeteilt, daß er die Kommissionsvorschläge mit Bestürzung zur Kenntnis genommen habe und sie wegen der einseitigen Belastung der deutschen Landwirtschaft als unzumutbar ablehne.

Besonders enttäuscht äußerte sich der Bundeskanzler darüber, daß aufgrund der ausführlichen Gespräche zwischen der Bundesregierung und der EG-Kommission über die prekäre Einkommenslage in der deutschen Landwirtschaft, mit den jetzt bekanntgegebenen Vorschlägen der Kommission nicht zu rechnen gewesen sei. Ein Abbau des positiven deutschen Währungsausgleichs führe nämlich zu drastischen einseitigen Einkommensminderungen in der deutschen Landwirtschaft. Der Bundeskanzler forderte die EG-Kommission auf, ihm darzulegen, in welcher Weise Brüssel die einseitige Benachteiligung der deutschen Bauern abwenden wolle, um deren erschüttertes Vertrauen in die Europäische Gemeinschaft zurückzugewinnen.

Alfred Dregger: Wir lassen die Bauern nicht im Stich

Die Brüsseler Agrarbeschlüsse haben für viel Unmut bei den deutschen Landwirten gesorgt. In einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk hat Alfred Dregger jetzt Stellung genommen und u.a. ausgeführt:

Die Landwirte befinden sich in der Tat in einer Krisenlage. Unsere Aufgabe ist es, allen klarzumachen, daß es so ist und nicht zu glauben, wenn wir uns besonders anstrengen im Agrarbereich, daß wir da ungerechtfertigte Vorteile verteilen würden. Wir haben ja den Haushalt 1987 um 1,9 Prozent, den Agraretat aber um 14,5 Prozent erhöht. Wir haben den Landwirten damit keine Geschenke gemacht, sondern wir haben sie in ihrer schwierigen Lage etwas entlastet. Aber das Problem ist ungelöst.

In dem Koalitionspapier für den Agrarbereich haben wir unterschieden zwischen dem, was innerhalb der Europäischen Gemeinschaft durchgesetzt werden muß und dem, was wir in eigener, nationaler Verantwortung tun können. Da wir nun die Bauern aber nicht zu „Staatsangestellten“ machen möchten — selbst nicht unter der Überschrift „Umweltschutz“ —, da sie weiterhin freie Bauern bleiben sollen, bleibt das wichtigste das Preisproblem. Und das Preisproblem ist ein Mengenproblem. Und Preis- und Mengenproblem werden in der Europäischen Gemeinschaft entschieden. Da haben wir oft einen sehr harten Kampf zu führen, weil die Interessenlage so unterschiedlich ist, wie die Agrarsituation ja auch unterschiedlich ist in den einzelnen Mitgliedsländern. Was die EG-Kommission gerade beschlossen hat, sowohl zur

Festsetzung der Interventionspreise als auch zu den Folgen von Währungsveränderungen zwischen Aufwertungsländern und Abwertungsländern — das ist so inakzeptabel, weil es auf Kosten unserer Bauern geht. In einer so ungerechtfertigten Weise, daß der Bundeskanzler in einem Brief an die Kommission in Brüssel klargemacht hat, daß wir das nicht mittragen werden. Nicht, um einer Berufsgruppe einen ungerechtfertigten Vorteil zu geben. Hier handelt es sich um eine bedrängte Berufsgruppe, die wir unterstützen müssen, genauso wie wir die Bergleute unterstützen mußten, als das Zechensterben begann.

Erwartung übertroffen

Bereits sechs Monate nach Beginn der „Arbeitsplatzoffensive Schleswig-Holstein“ sieht Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) „alle Erwartungen übertroffen“. In Kiel erklärte Barschel mit der bundesweit einmaligen Einrichtung sei es gelungen, für 3 700 Menschen einen Arbeitsplatz zu schaffen und für weitere über 1000 Bürger Qualifizierungsmaßnahmen einzurichten. Im Laufe von drei Jahren sollen insgesamt 12 000 neue Arbeitsplätze vor allem für Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Dabei gibt das Land insgesamt 170 Millionen Mark an Lohnzuschüssen bei neuen Teilzeitarbeitsplätzen für junge Menschen, für die Beschäftigung von älteren, schwer vermittelbaren Arbeitnehmern und von Frauen, die nach Jahren der Kindererziehung wieder in den Beruf zurückkehren wollen.

30 Jahre Rentenreform:

Kernstück der Reform war die dynamische Rente

Am 23. Februar vor 30 Jahren wurden die Rentenreformgesetze verkündet und traten rückwirkend zum 1. Januar 1957 in Kraft: das Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz und das Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz. Die Reform war von Bundeskanzler Konrad Adenauer mit politischer Kühnheit und Weitsicht durchgesetzt worden und wurde zu einem epochemachenden Meilenstein moderner Sozialpolitik.

Wie die Einführung der Sozialversicherung in Deutschland vor jetzt 100 Jahren löste die Reform weltweit Bewunderung aus. Sie wird seither international als beispielhafte Lösung der Aufgabe der sozialen Sicherheit für das Alter und bei Invalidität angesehen. Bundeskanzler Adenauer umriß die Reform mit folgenden Worten:

„Die neuen Rentengesetze sind ein sozialer Fortschritt allerersten Ranges und von der denkbar größten sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung. Sie haben ihre Auswirkungen sowohl in der Gegenwart als auch für die Zukunft.“

Aus der Erkenntnis, daß zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ein enger Zusammenhang und eine gegenseitige Wechselwirkung bestehen, wurde die Rentenberechnung auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Es war erkannt worden, daß der enge Zusammenhang beider Bereiche sich aus der zentralen Stellung des Menschen im Wirtschafts- und Sozialgefüge ergibt, daß die menschliche Arbeit ein Wirtschaftsfaktor und ein sozialer Tatbestand ist.

Die neue Rentenformel wurde aus modernem Denken über die Gegebenheiten und Erfordernisse unserer Zeit entwickelt. Es wurde die Beziehung hergestellt zwischen Lohn und Rente, zwischen der Produktivität der Wirtschaft und den Einkünften der Alten, Kranken und Hinterbliebenen. Die Anpassung der Altersruhegelder, der Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten an die Wirtschaftsverhältnisse von heute und morgen war das Ziel der Reform.

Kernstück der Reform von 1957 war und ist die dynamische Rente. Das dynamische Prinzip ist inzwischen auch auf die anderen großen Zweige der sozialen Sicherheit übertragen worden, so die gesetzliche Unfallversicherung, die Alterssicherung der Landwirte und die Kriegsopferversorgung.

Wenn Löhne und Gehälter steigen, steigen auch die Renten; denn die Rentner haben während ihrer Berufsarbeit für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des Lebensstandards aller und gleichzeitig für die Finanzierung der Renten gesorgt. Dafür werden ihre Renten von den jetzt Berufstätigen finanziert, die damit selbst einen Anspruch auf Rente für morgen erwerben. So ist die Rentenversicherung auf einem **Generationenvertrag** aufgebaut.

Inzwischen wurden seit der ersten Rentenanpassung von 1959 28 Anpassungen und damit Erhöhungen Wirklichkeit. Aus der durchschnittlichen Versichertenrente von monatlich 128 DM im Jahre 1956 wurden bei 40 Versicherungsjahren und durchschnittlichem Lohn oder Gehalt im

Jahr 1957 durch die Reform 214 DM und durch die bisherigen Anpassungen 1394 DM und bei 45jähriger Versicherung im Durchschnitt 1568 DM.

Während im Frühjahr 1956, also vor der Reform, die durchschnittliche Versichertenrente bei etwa 35 Prozent der vergleichbaren Löhne lag, erreicht das Altersruhegeld heute bei 40jährigem Durchschnittsverdienst 64 Prozent und 45jährigem Durchschnittsverdienst 72 Prozent der entsprechenden Nettolöhne und -gehälter.

Auch die Ende 1986 von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat beschlossene Renten Anpassung für 1987 bestätigt, daß die dynamische Rente weiter Realität ist. Danach steigen die Renten am 1. Juli 1987 wie die Löhne und Gehälter von 1986 um 3,8 Prozent brutto. Nach Berücksichtigung der letzten Stufe der Beteiligung an den Beiträgen für die Krankenversicherung erhöht sich das verfügbare Einkommen der Rentner um rund 3 Prozent. Bei stabilen Preisen erhöht die An-

passung auch die reale Kaufkraft der Rentnereinkommen.

Die Renten Anpassung 1987 kommt rund 14 Millionen Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, fast 1 Million Renten der gesetzlichen Unfallversicherung und 595 000 Altersgeldern und Landabgabereuten der Altershilfe für Landwirte zugute.

Mit der Einführung der Anrechnung der **Kindererziehungszeiten** — finanziert aus dem Bundeshaushalt — ist 1986 die dritte Dimension des Generationenvertrages besprochen worden.

In der neuen Legislaturperiode geht es angesichts der demographischen Entwicklung — Zunahme der älteren Generation bei Abnahme der heranwachsenden Generation und damit der späteren berufstätigen Generation — darum, daß durch eine Strukturreform die Rentenversicherung auch in den 90er Jahren und danach ihre Aufgaben erfüllen kann und funktionsfähig bleibt. Grundsätze hierfür sind bereits in den Koalitionsverhandlungen vereinbart worden.

Eine bemerkenswerte Untersuchung

Heiner Geißler hat vor und nach der Bundestagswahl immer wieder von der „Kir-Royal- oder Schickimicki-Gesellschaft“ gesprochen, die besonders in den Villenvororten größerer Städte den Grünen unglaubliche Stimmenzuwächse beschert habe. Zu dem gleichen Ergebnis kommt jetzt die „Frankfurter Allgemeine“, die das Wählerverhalten in Freiburg im Breisgau untersucht und analysiert hat. Dort konnten die Grünen in den ländlichen Gebieten über 18 Prozent und in der Stadt selbst 21 Prozent der Stimmen verbuchen. In einzelnen Stadtteilen, so stellt die FAZ fest, kamen die Grünen sogar auf satte 40 Prozent. Kommentar des CDU-Kreisvorsitzenden: „Die Grünen schnitten da am besten ab, wo die teuersten Villen stehen.“ 18 bis 30 Prozent grüner Wählerstimmen finden sich vor allem in Wohngegenden, in denen fast überwiegend Wissenschaftler, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker und höhere Beamte wohnen, stellt die Zeitung fest.

Vielleicht ist Freiburg, die alte Universitätsstadt im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland, nur ein Ausnahmefall. Aufhorchen lassen solche Untersuchungen aber schon. Die nächsten Landtagswahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz werden uns bestimmt mehr Aufschluß geben.

Philipp Jenninger:

Das Ansehen des Parlamentes muß verbessert werden

„Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß das Ansehen des Deutschen Bundestages in der Öffentlichkeit besser sein könnte“, betonte der neugewählte Bundestagspräsident Philipp Jenninger bei der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages (18. 2. 1987). Die Stichworte sind uns allen bekannt: Präsenz im Plenum, Stil der Debatten — überhaupt die Art, in der wir miteinander umgehen. Wir können diese Kritik nicht einfach vom Tisch wischen, sondern müssen uns ernsthaft Gedanken machen, wie wir ihr begegnen können.

Vor allem gilt es, mehr noch als bisher zu verdeutlichen, daß sich die Arbeit des Deutschen Bundestages nicht nur in den Plenarberatungen erschöpft, sondern daß sich der Prozeß der politischen Willensbildung Woche für Woche in zahlreichen Sitzungen der Parteien, der Arbeitsgruppen und Arbeitskreise, der Fraktionen, in Ausschüssen, Unterausschüssen und interfraktionellen Besprechungen vollzieht.

Auch müssen wir um mehr Verständnis dafür werben, daß der Wettstreit der Meinungen und Ideen ein Wesenselement unserer parlamentarischen Demokratie ist. Die geistige Freiheit ist die Lebensluft der Demokratie. Eine gesunde Demokratie muß daher auch harte Auseinandersetzungen und gelegentlich mit rhetorischem Temperament geführte Debatten ertragen können, aber sie müssen auch im Geiste der Toleranz und der Fairneß geführt werden und dürfen nicht zu einem geistigen Bürgerkrieg ausarten. Kein Abgeordneter ist von seinen Wählern beauftragt,

den politischen Gegner zu diffamieren. Jeder Abgeordnete sollte stets daran denken, daß auch der politische Widersacher im Parlament — wie er selbst — vom Volk gewählt ist.

Zu den Aufgaben, vor denen wir stehen, gehört auch die Neuregelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse. Die Arbeit der vier Untersuchungsausschüsse der 10. Wahlperiode hat einige Unklarheiten über die relevanten Rechtsgrundlagen deutlich werden lassen. Wir werden nicht daran vorbeikommen, sehr bald diese Unklarheiten zu beseitigen und eindeutige gesetzliche Grundlagen zu schaffen!

Auch über die zeitliche Einordnung der „Aktuellen Stunden“ werden wir uns Gedanken machen müssen. Dieses Instrument ist in besonderer Weise geeignet, frühzeitig die Probleme aufzugreifen, die unser Volk bewegen. Sein Wert hängt allerdings auch von der sorgfältigen Auswahl der Themen und davon ab, daß wir von ihm keinen inflationären Gebrauch machen.

Beispiel dafür, daß das Parlament sich nicht nur aktueller, sondern auch grundsätzlicher Fragen annimmt, sind die Enquete-Kommissionen. Sie widerlegen zugleich das Vorurteil der Kurzatmigkeit unserer politischen Arbeit. Die Arbeiten der Enquete-Kommissionen „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ und „Technologiefolgenabschätzung“ haben exemplarisch deutlich gemacht, daß dieses Parlament zum Dialog mit der Wissenschaft fähig und durchaus in der Lage ist, Politik und wissenschaftlichen Sachverstand zusammenzuführen.

Bei alledem müssen wir wissen, daß Betriebsamkeit allein noch keine Politik ist, daß die Zahl der Sitzungen noch nichts über die Güte unserer Arbeit aussagt. Ein Stück Selbstbesinnung und einige Stunden kreativer, gedanklicher Konzentration auf die tieferen Zusammenhänge einer politischen Frage können manchmal mehr für die konkrete Arbeit bewirken als bloße Geschäftigkeit.

Noch nie — und schon gar nicht so lange — hat es auf deutschem Boden eine derart freiheitliche, eine derart funktionierende und eine derart stabile Demokratie gegeben wie heute. Das demokratische Prinzip, das System der repräsentativen und parteienstaatlichen Demokratie hat sich bewährt. Daß auch in einer Demokratie und in politischen Parteien manche Mängel bestehen, bestreitet niemand. Solche Mängel gilt es jedoch in aller Offenheit aufzuzeigen und zu überwinden. Die Fähigkeit hierzu hat unser parlamentarisches System in den vergangenen Jahrzehnten vielfach bewiesen.

Carl Friedrich von Weizsäcker hat einmal die parlamentarisch-rechtsstaatliche Demokratie als eine der intelligentesten Kulturerrfindungen der Menschheit bezeichnet. Das hindert manche nicht daran, sie immer wieder in Frage zu stellen. Parlamente, die ihren Namen verdienen, die also einen eigenständigen Machtfaktor im politischen System darstellen, sind aber noch nie etwas anderes gewesen als Repräsentanten des Gemeinwesens in allen seinen politischen und sozialen Gegensätzen.

Parlamentarismus hat den Pluralismus zur Voraussetzung und damit die Möglichkeit, Kontroversen und Konflikte offen auszutragen. Unser Grundgesetz hat die parlamentarische Demokratie aber nicht nur als formales Organisationsprinzip mitgestaltet, sondern als eine wertgebundene Ordnung. Sie beinhaltet ein aus-

gewogenes Bündel von Rechten und Pflichten. Über die Verfassung selbst, über ihre Grundwerte, über ihre elementaren Grundprinzipien muß Grundkonsens bestehen und gewahrt bleiben. Nur hieraus ergibt sich das Vertrauen, das den Staat und seine Organe trägt. Die Übereinstimmung im Grundsätzlichen schließt den Konflikt nicht aus. Konflikt ist unvermeidbar und notwendig. Er gehört zum Wesen der Politik. Konfliktlösung wird aber nicht auf gewaltsamem Wege, sondern durch Diskussion sowie durch politischen und gesellschaftlichen Kampf gesucht. Der Konflikt muß öffentlich in den Formen und innerhalb der Grenzen des Rechts stattfinden.

Dabei gilt auch: Zur verbindlichen Mehrheitsentscheidung in der repräsentativen Demokratie gibt es keine akzeptable Alternative. Das Mehrheitsprinzip ist nicht zuletzt eine Folge der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl, die Minderheiten gerade nicht diskriminiert, sondern zur Integration beiträgt.

Die aus Wahlen hervorgegangene Macht repräsentiert nicht alle, aber sie handelt für alle. Was sie entscheidet, ist deswegen nicht notwendigerweise richtig und wahr, aber gültig und verbindlich.

Umgekehrt gilt, daß die jeweilige Mehrheit nicht berechtigt ist, der Minderheit die Chance zu nehmen, selbst Mehrheit zu werden. Die Duldung und Legitimierung von Minderheitspositionen in der politischen Auseinandersetzung in Form parlamentarischer Opposition sind deshalb unverwechselbare Kennzeichen freiheitlicher Ordnung. Niemandem wird zugemutet, sich einem unbegrenzten Verfügungsrecht zu unterwerfen. An den Schutz der elementaren Rechte der Person, an die Menschen- und Bürgerrechte bleibt auch die Mehrheit unter allen Umständen stets gebunden.

Rudolf Seiters:

Warum wir einen grünen Bundestagspräsidenten ablehnen

Zu der Forderung der Grünen auf einen Sitz im Bundestagspräsidium erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, u. a.:

Überall dort wo die Fraktion der Grünen einen Anspruch auf einen Sitz in einem Gremium geltend machen kann, wird sie die Position bekommen, die ihr nach der Geschäftsordnung zusteht. Das gilt für alle Ausschüsse und das gilt für alle Gremien, in die die Fraktionen, ihrer Stärke entsprechend, Mitglieder entsenden können. Das gilt auch für die Ausschubvorsitze. Wir legen das gleiche Berechnungsverfahren zugrunde wie in der vergangenen Legislaturperiode.

Ich sage aber ebenso deutlich, daß es keinen Gesichtspunkt gibt, nach dem die Grünen einen Anspruch auf das Amt eines Vizepräsidenten geltend machen können. Es gibt auch keine parlamentarische Tradition oder Übung, wonach jede im Bundestag vertretene Fraktion kraft Gewohnheitsrechts im Präsidium vertreten wäre.

Ich möchte einmal zitieren — vor vier Jahren war dies auch die Auffassung der sozialdemokratischen Partei —, was damals der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion am Beginn der 10. Legislaturperiode im Deutschen Bundestag vorgetragen hat, als sich die SPD damals noch mit uns gemeinsam gegen den vermeintlichen Anspruch der Grünen auf einen Vizepräsidentenamt gewehrt hat. Das wörtliche Zitat lautet:

„Es ist nicht so, daß diejenigen Fraktionen in ihren Möglichkeiten, im Bundestag zu arbeiten, beschränkt werden, die im Präsidium des Bundestages nicht vertreten sind. Seit 1953 hat der Bundestag vier stellvertretende Präsidenten. Es hat seitdem viele Fraktionen gegeben, die keinen Vizepräsidenten stellten. Wir haben“ — so die SPD damals — „niemals gehört, daß deswegen jemandem seine parlamentarischen Rechte beschnitten worden wären“.

Für uns gilt diese Position unverändert auch heute. Verändert hat sich die Position der SPD. Unsere Verfassung schreibt doch mit gutem Grund vor, daß die Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt werden und nicht benannt werden. Und mit ebenso gutem Grund schreibt die Geschäftsordnung vor, daß jeder Vizepräsident in geheimer Wahl die absolute Mehrheit der Stimmen seiner Kollegen braucht. Es geht hier also nicht um die Entsendung eines Mitgliedes durch eine Fraktion in ein Gremium, sondern um das persönliche Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder dieses Hauses zur unparteiischen Amtsführung einzelner zu wählender Kollegen.

Für die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion möchte ich eindeutig und nachdrücklich erklären: Eine solche Vertrauensgrundlage für einen Kandidaten der Grünen zur Wahl in das Amt eines Vizepräsidenten im Deutschen Bundestag ist nicht vorhanden. Ich will auf viele Dinge aus der letzten Legislaturperiode gar nicht eingehen, aber folgendes darf ich doch noch einmal in die Erinnerung zurückrufen. Ich will daran erinnern, daß hier im

Deutschen Bundestag vom Rednerpult aus Abgeordnete der Grünen zu Blockadeaktionen,

d. h. zu strafbaren Nötigungen, aufgerufen haben.

Ich will daran erinnern, daß sie Boykottaufrufe gegen ordnungsgemäß und demokratisch beschlossene Gesetze erlassen haben. Gerade jetzt rufen sie wieder zum Boykott der Volkszählung auf, die mit demokratischen Mehrheiten hier im Bundestag beschlossen worden ist und deren Verfassungsmäßigkeit vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt wurde, nachdem die Grünen das Bundesverfassungsgericht, wenn auch vergeblich, angerufen haben. Was die Grünen machen ist rechtswidrig, ist Rechtsbruch. Sie zeigen damit, wie wenig ihnen an demokratischen Spielregeln gelegen ist.

Wenn hier soviel von Freiheit und von demokratischen Selbstverständlichkeiten die Rede ist, dann will ich für die Öffentlichkeit noch einmal in Erinnerung zurückrufen, daß die Grünen zu Beginn dieser Legislaturperiode einen Sprecher gewählt haben, der die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung seiner politischen Ziele nicht ausgeschlossen hat und jetzt auf die Frage, wie er nun dazu stehe, antwortete, diese Frage müsse einmal in einem Seminar diskutiert werden.

Die Gerichte haben den Vorwurf ausdrücklich bestätigt, daß sich die Grünen von Gewalt nicht distanzieren. Auch deswegen sage ich: Sie können nicht erwarten, daß wir gegen unsere Überzeugung in freier und geheimer Wahl einen Grünen in das Amt eines Vizepräsidenten wählen.

Ich will hinzufügen — das ist eine Bemerkung an die Adresse der sozialdemokratischen Partei —: Mit unserem Verständnis vom Amt des Präsidenten oder des Vizepräsidenten ist es nicht vereinbar, die Wahl eines grünen Vizepräsidenten mit

dem Argument zu begründen, man müsse auf diese Weise die Grünen an die politische Verantwortung heranführen oder gewöhnen. Ich kann mich auch nur wundern. Das Amt des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages ist nach unserem Verständnis am wenigsten geeignet, als sozialpädagogisches Versuchsmodell für die Anwendung und Einhaltung der parlamentarischen Regeln.

Ein einmal gewählter Vizepräsident ist nicht mehr abwählbar. Seine Entscheidungen im Plenum sind oft von großer Tragweite und grundsätzlich unkorrigierbar. Er darf nicht einmal im Plenum für seine Amtsführung kritisiert werden. Diese herausgehobene Stellung macht seine hohe Verantwortung für die Einhaltung der parlamentarischen Regeln und für eine überparteiliche Amtsführung deutlich. Genau aus diesem Grund hat unsere Verfassung die Wahl des Vizepräsidenten vorgeschrieben. Genau aus diesem Grunde sieht unsere Geschäftsordnung vor, daß das Vertrauen von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Deutschen Bundestages in geheimer Wahl erforderlich ist. Die Mitglieder meiner Fraktion sehen sich zu dem geforderten Vertrauensvotum im Interesse einer verantwortlichen Leitung unserer Verhandlungen im Parlament nicht imstande.

DDR kippt 12 Millionen Tonnen Salz in die Werra

Die DDR hat im vergangenen Jahr nach Angaben des Wasserwirtschaftsamtes Göttingen rund zwölf Millionen Tonnen Salz in die Werra eingeleitet. Das würde einer Fracht von rund 15 000 Güterzügen mit jeweils 40 Waggons entsprechen. Wie die Behörde mitteilte, fließen in jeder Sekunde rund 330 Kilogramm Salz an der Werra-Einmündung in die Weser. Hauptverursacher seien die Kalibergwerke auf DDR-Gebiet.

Kanzler gratuliert Aenne Brauksiepe zum 75. Geburtstag

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender Frau Aenne Brauksiepe zum 75. Geburtstag am 23. Februar 1987 ein Glückwunschsreiben übersandt, das folgenden Wortlaut hat:

„Liebe Frau Brauksiepe, zu Ihrem Geburtstag gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Sie sind eine der herausragenden Politikerinnen, die unser Land und unsere Partei mitgeprägt haben. In Ihrem Wirken werden auf beispielhafte Weise die positiven Traditionen unseres so schwierigen Jahrhunderts deutlich. Es ist zum einen die Selbstverständlichkeit, politische Verantwortung zu übernehmen, und es ist zum anderen auch der Mut, sich als Frau gesellschaftlich und politisch zu engagieren. Beide Traditionen haben Sie aus der Weimarer Zeit und aus den für Sie so schwierigen Jahren danach in den Auf- und Ausbau unseres Staates als Abgeordnete, als Ministerin, als Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung sowie als Vorstandsmitglied unserer Fraktion und unserer Partei eingebracht. Sie haben darüber hinaus nicht zuletzt aufgrund Ihrer eigenen Erfahrungen

mit dazu beigetragen, den Weg nach Europa zu ebnen.

Ihre Maxime ‚Was der Familie schadet, schadet der Gesellschaft‘, haben Sie nicht nur persönlich gelebt. Es ist ganz wesentlich Ihrem politischen und gesellschaftlichen Wirken zu verdanken, daß diese grundlegende Wertvorstellung in unserer Gesellschaft lebendig bleibt und wiederum zu einer zentralen Leitidee unserer Politik werden konnte.

Was mich persönlich aber besonders beeindruckt hat, sind Ihr Einfühlungsvermögen und Ihre ungezwungene Fröhlichkeit, die der politischen Auseinandersetzung immer eine menschlich-persönliche Note geben. Sie haben keine Gräben aufgerissen, sondern vielmehr Brücken geschlagen. Ich nehme Ihren Geburtstag sehr gerne zum Anlaß, Ihnen für Ihr vorbildliches Wirken für unser Land und für die Sache der Union zu danken. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen alles Gute, vor allem viele weitere erfüllte Lebensjahre in Glück und Gesundheit.

Mit freundlichen Grüßen und allen guten Wünschen Ihr Helmut Kohl“

Carstens nennt Rheinland-Pfalz Symbol der Stabilität

Als ein Symbol von Stabilität und Kontinuität hat der ehemalige Bundespräsident Professor Karl Carstens (CDU) das Bundesland Rheinland-Pfalz bezeichnet. Das nach dem Krieg „künstlich geschaffene“ Land habe alle Zweifler widerlegt und sei zu einer festen Einheit zusammengewachsen, sagte Carstens als Festredner bei der

Feier anläßlich der 40. Wiederkehr des Gründungstages der rheinland-pfälzischen CDU in Bad Kreuznach. Die Tatsache, daß in 40 Jahren nur drei Ministerpräsidenten — Peter Altmeier, Helmut Kohl und Bernhard Vogel — regierten, sei in der jüngeren deutschen Geschichte ohne Beispiel. Den Führungsanspruch der CDU im Bundesland auch im fünften Jahrzehnt erneuerte ihr Landesvorsitzender, Ministerpräsident Bernhard Vogel, mit den Worten: „Wir wollen nicht herrschen, sondern dienen und führen.“

Grüner Ballast auf Krollmanns Buckel

SPD und Grüne haben auf ihren Parteitag nun endgültig die Katze aus dem Sack gelassen. Wie der hessische CDU-Generalsekretär Manfred Kanther in Wiesbaden erklärte, sei die einzige Perspektive, die der neue SPD-Landesvorsitzende Krollmann zu bieten habe, ein alter Hut — eine Neuauflage des rot-grünen Dauer-Theaters.

Die Wählerinnen und Wähler hätten daher am 5. April eine klare Alternative, entweder eine Fortsetzung des ständigen Hickhacks von SPD und Grünen oder eine von Walter Wallmann geführte Landesregierung der Zuverlässigkeit, Sachlichkeit und Berechenbarkeit. Kanther nannte es einen „beispielhaften Vor-

gang“, wie der ehemalige SPD-Landesvorsitzende Börner beim Genehmigungsverfahren „abgemeiert“ worden sei. Die letzten noch vorhandenen Reste an rechtsstaatlicher Gesinnung seien somit eine Beute der SPD und Krollmanns geworden. Börner habe auf dem Parteitag in eklatanter Weise an den früheren Bundeskanzler Schmidt erinnert, der ebenfalls auf einem SPD-Parteitag erleben mußte, daß seine Partei ihn allein im Regen habe stehen lassen. Während Börner von der SPD einen roten Rucksack geschenkt bekommen habe, der ihn sicherlich drücken werde, habe Krollmann nun den grünen Ballast auf dem Buckel, sagte Kanther abschließend.

FDP in Schleswig-Holstein für Koalition mit CDU

Die schleswig-holsteinische FDP wird nach der Landtagswahl am 13. September die Zusammenarbeit mit der CDU in Parlament und Regierung anstreben. Voraussetzung ist allerdings der Wiedereinzug in den Landtag. Diese Aussagen beschloß ein Landesparteitag im Ostseebad Damp bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen. Die schleswig-holsteinische SPD komme für eine Zusammenarbeit nicht in Frage, weil sie „orientierungslos“ geworden sei und sich teilweise bereits in Abhängigkeit von den Grünen befinde.

Deutsche Weltmeister bei der Öl-Verbilligung

In kaum einem Land der Welt sind die Benzinpreise 1986 so tief gestürzt wie in der Bundesrepublik. Bei der Verbilligung des leichten Heizöls war die Bundesrepublik sogar Weltmeister. Dies geht aus einer Übersicht auf Grundlage der Erhe-

bungen der Internationalen Energieagentur (Paris) hervor. Danach sanken die Benzinpreise dank der rückläufigen Rohölpreise und des Verfalls des Dollarkurses in der Bundesrepublik um 30 Prozent.

Zitat

Die Grünen treiben alle vierzehn Tage eine andere Sau durchs Dorf, und die Sozialdemokraten setzen sich drauf. Und dies hat dann zur Folge, daß sie bei den Wahlen sozusagen abgeworfen werden am Dorfrand, das heißt sie übernehmen die grünen Inhalte und verlassen und vernachlässigen die eigenen sozialdemokratischen Inhalte, werten dadurch die grünen Inhalte auf und wundern sich hinterher, daß die Wählerinnen und Wähler, die diese Inhalte für wichtig halten, gleich das Original, nämlich die Grünen, wählen und nicht die Kopie, die SPD.

(Heiner Geißler in einem Interview der Deutschen Welle)

Wort gehalten:

Weniger Steuern für alle

Vor der Bundestagswahl haben wir versprochen: Wir schaffen ein sozial gerechtes und leistungsförderndes Steuersystem.

Jetzt kommt die Große Steuerreform:

- Jeder Steuerzahler zahlt im Schnitt rd. 1000 Mark weniger Steuern pro Jahr.
- **Entlastung der unteren Einkommen** durch Senkung des Eingangssteuersatzes von 22 auf 19 Prozent (Entlastungsvolumen 7 Mrd DM); Erhöhung des Grundfreibetrages für **Ledige** von 4536 auf 5616 DM, für **Verheiratete** von 9072 auf 11 232 DM (Entlastungsvolumen 7 Mrd DM).
- **Zusätzliche Entlastung der Familien** durch erhöhte Freibeträge für Kinder und Ausbildung, steuerliche Anerkennung von Pflegeleistungen. Darüber hinaus soll das Kindergeld erhöht und das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub verlängert werden.
- **Entlastung aller Erwerbstätigen** vor allem der Arbeitnehmer durch Einführung des linear-progressiven Tarifs (Entlastungsvolumen 23,7 Mrd Mark.)
- **Steuerentlastung auch für Unternehmen** durch Senkung des Körperschaftsteuersatzes bzw. des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer. Das stärkt die Investitionskraft der Unternehmen und sichert Arbeitsplätze.
- **Entlastung für den Mittelstand** durch Verbesserungen der Sonderabschreibungen und bei den Vorsorgeaufwendungen.
- Obere Einkommen werden durch Senkung des Spitzensteuersatzes nur um 1 Mrd Mark entlastet. Untere Einkommen dagegen um 17,2 Mrd Mark.
- Diese Steuerreform bringt Steuerentlastungen in Höhe von 44,2 Mrd Mark. Zusammen mit den Steuersenkungen von 1986 und 1988 bringt das für die Steuerzahler 60 Mrd Mark.

Diese Große Steuerreform stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, fördert Investitionen und sichert Arbeitsplätze.

CDU

Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Städtebauliche Zukunftsaufgaben

Am 1. Juli 1987 tritt das neue Baugesetz in Kraft. Dieses Gesetz soll dazu beitragen, den gewandelten Anforderungen im Bereich des Städtebaus Rechnung zu tragen. Das Institut für politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung stellt die Ziele, rechtlichen Grundlagen und Schwerpunkte des Baugesetzes in einer Fachtagung für leitende Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen und kommunale Mandatsträger, die für Fragen des Baurechts und für die Städtebaupolitik zuständig sind, vor.

Termin: 12. bis 14. April 1987 in Schloß Eichholz, Wesseling

Thema: Das Baugesetzbuch — Rahmenbedingungen für die Bewältigung der städtebaulichen Zukunftsaufgaben

Im Rahmen der Fachtagung werden folgende **Themenschwerpunkte** behandelt:

- Bundeskompetenz kontra kommunale Selbstverwaltung? — Zur rechtlichen Stellung der Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland.
- Der Gesetzgeber baut ein Haus für die Stadtplanung — Das Baugesetzbuch als Rahmen kommunalpolitischer Aktivitäten.
- Bürgerengagement zwischen Umweltinteressen und städtebaulichen Notwendigkeiten —

Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung nach dem Baugesetzbuch.

- Umweltschutz oder Bauleitplanung? — Die umweltbezogenen Regelungen des Baugesetzbuches.
- Städtebauliche Zukunftsaufgaben — Die Vorhaben der Bundesregierung in der 11. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.
- Das Baugesetzbuch — Mögliche Probleme bei der politischen Umsetzung auf kommunaler Ebene.

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Oskar Schneider, und weitere Fachleute aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft stehen als Referenten und Gesprächspartner zur Verfügung.

Teilnahmebedingungen: Unterkunft und Verpflegung sind frei; Tagungsbeitrag 60,— DM; Fahrtkostenerstattung in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn (Eigenbeteiligung: 20,— DM).

Anmeldungen nimmt entgegen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz, Postfach 1331
5047 Wesseling
Telefon (0 22 36) 707-2 15 oder 2 39
Telex 889 727 kas d

UID

8/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** WVA-Druck, Düsseldorf.